

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinere Anzeigen die 4gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.— Rm. Bei Postbezug 1.50 Rm.

Nummer 116. Dienstag, den 12. Oktober 1926 30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der König von Schweden ist zu einem achtstägigen Besuch in Baden-Baden eingetroffen. Der Besuch gilt seiner Gemahlin, die sich schon seit längerer Zeit in Baden-Baden aufhält.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, wird der Gouverneur der belgischen Provinz Hennegau, Louis Brand, der gegenwärtig zu Verhandlungen mit der französischen Regierung und der Bank von Frankreich über die Stabilisierung des belgischen Franken nach Paris geschickt ist, nach seiner Rückkehr sofort Amsterdam aufsuchen.

Nach einer Meldung aus Madrid haben General Primo de Rivera, der spanische Außenminister und die spanischen Vizekonsuln in Paris und London über die Tanagerfrage verhandelt. Man erwartet für heute eine wichtige Entscheidung.

Der amerikanische Arbeiterverband fasste einen Beschluss, den Streik in allen Teilen der Vereinigten Staaten einzuführen. Der Streik soll am Montag beginnen und soll die Arbeitswoche betreffen.

Der Fall Seede.

Die Genehmigung des Abschiedsgesuches des General-Seede, der sechs Jahre hindurch mit größtem Erfolge an der Spitze der deutschen Reichswehr gestanden hat, ist in Deutschland wie im Auslande viel zu denken geben. Man kann sich den Wert und die Fähigkeiten des Generals Seede zu schätzen wissen, so ist es der Feldmarschall Hindenburg gewesen, und es ist ohne Weiteres zu begreifen, wie schwer es dem Reichspräsidenten geworden ist, den Rücktritt des verdienten Mannes gutzuheißen. Im deutschen Volke wird man es nicht leicht verstehen, daß dies Ergebnis nicht zu vermeiden war, denn wenn General Seede auch gegen Bestimmungen des Versailler Vertrags verstößt hat, nach welchen ein Offizier nur dann in die Reichswehr Dienst tun darf, wenn er die für diesen Fall festgestellten Bedingungen erfüllt, so war doch der Verstoß so schwer, um mit einer Dienstentlassung geahndet zu werden. Wenn ein junger Prinz von zwanzig Jahren in der Reichswehr vorübergehend Dienst tut, ohne daß deren Chef Reichswehrminister davon Mitteilung macht, so liegt das für niemand eine Bedrohung, und die Sache hätte wohl einer Rüge für den General erledigt werden können. Aber der Reichspräsident und die Reichsregierung haben die Angelegenheit sehr gewissenhaft und genau genommen, um die Entstellungen vorzubeugen, und so ist dann das überraschende Ereignis Tatsache geworden. In Paris hat man keine Genugtuung über die Verabschiedung des General-Seede nicht verhehlen können, denn man sah in ihm einen Scharnhorst, der den französischen Autoritäten vollauf wachsam, wenn nicht überlegen war. Wäre es nach dem Willen der Militärkommission von Versailles gegangen, so hätte Seede längst nicht mehr an der Spitze der deutschen Reichswehr und wäre in das Privatleben zurückgetreten. Gerade die markante Persönlichkeit des deutschen Generals Seede andererseits auch dazu beitragen können, ein volles Verständnis zwischen den deutschen und den fremden Mächten anzubahnen.

Der Zufall hat es gewollt, daß zu gleicher Zeit mit dem Rücktritt des Chefs der Reichswehr von Paris aus neue Ansprüche wegen der Abänderung der militärischen Maßnahmen Deutschlands und wegen der Kontrolle gestellt wurden. Es handelt sich um den Bestand der Schutzpolizei, um die Aufnahme von Offizieren in die Reichswehr, den Fall Prinz Wilhelm, die Entlassung von Königsberg und andere Angelegenheiten. Es wurde von Paris aus schon angekündigt, daß die internationale militärische Kontrolle für Deutschland erst dann auf den Völkerbund übergehen solle, wenn alle Bedingungen von deutscher Seite vollzogen worden seien. Es wird aber doch daran gedacht werden müssen, daß das Deutsche Reich inzwischen Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Es sollte also eine Militärkontrolle nicht auf unbestimmte Zeit hinaus verlängert werden können, weil das Deutsche Reich damit auf einen Staat zweiten Ranges degradiert würde. Es liegt auch kein Grund mehr für die unbegrenzte Dauer der militärischen Kontrolle vor, weil wichtige Angelegenheiten, welche die Bewachung unbedingt erforderlich machen, nicht mehr vorhanden sind. Zudem hat Deutschland durch die Entlassung des Generals von Seede bewiesen, daß es den festgestellten Bedingungen in einem Umfang Rechnung trägt, der nicht mehr überboten werden kann. Wenn Seede einem so geringfügigen Grunde seinen Posten aufgeben mußte, Deutschland deshalb also den besten aktiven General, welchen es besaß, außer Dienst stellte, dann wird man uns wohl wohl Vertrauen schenken dürfen. Dieser Zustand ist für die Dauer aufrecht zu halten, sondern muß beseitigt werden. Es muß nicht mehr sein, daß wir künftig noch Angelegenheiten unter militärischer Polizeiaufsicht stehen. Die Franzosen nennen sich eine ritterliche Nation, und wir dürfen ihnen erwarten, daß sie uns entsprechend behandeln. Es muß schon das Gerücht verbreitet werden, daß das linke Rheinufer nach seiner Freigabe überwacht werden soll und wir uns verpflichten sollen, niemals unsere Grenze anzutasten. Wir halten eine solche Zumutung für ungläubig, um mehr muß aber darauf gehalten werden, daß für uns Recht und Billigkeit bestehen bleibt.

Das Programm der Reichsregierung.

Eine bemerkenswerte Ansprache des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Marx hat am Sonntag der in Essen abgehaltenen Tagung der Reichszentrale für Heimatsdienst einen Besuch abgestattet und bei dieser Gelegenheit eine bemerkenswerte politische Rede gehalten. Insbesondere kam er dabei auch auf die Frage der Arbeitslosigkeit zu sprechen und erklärte:

Zur völligen Beseitigung der Arbeitslosigkeit reichen leider die vorhandenen Mittel nicht aus. Die Reichsregierung sei jedoch bemüht, das möglichste zu tun. Die Reichsbahn werde mit Mitteln des Reichsfinanzministeriums eine Reihe von Bahnlagen fertigstellen, die bereits vor dem Kriege begonnen wurden. Außerdem werde sie durch ein zusätzliches Beschaffungsprogramm im Werte von insgesamt 120 Millionen Mark der Eisenerzeugung- und eisenverarbeitenden Industrie Beschäftigung zuführen. An Wasserstraßen komme Betracht zunächst die Vervollendung des Mittellandkanals, die Fertigstellung des Lippe-Seitenkanals und der Ausbau des sogenannten Küstentals Campe-Dörpen.

Der jetzt abgeschlossene internationale Stahlpakt sei von außerordentlicher Bedeutung. Hervorgegangen aus unabweisbarem Zwang,

die bedrohlich zerrütteten Verhältnisse auf dem Weltmarkt in Ordnung zu bringen, könne er vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkt nur begrüßt werden. Durch Beendigung des Schleuderverkaufs wurde die Rentabilität der deutschen eisenverarbeitenden Industrie erhöht und der Wert der deutschen Ausfuhr gesteigert. Die Zustimmung der eisenverarbeitenden Industrie sei nach Ansicht des Reichskanzlers darauf zurückzuführen, daß man auch in diesen Kreisen von dem Eisenpakt eine Besserung der Wettbewerbsfähigkeit erhoffte. Die Befürchtung, die Stahlindustrie könne sich eine den letzten Verbraucher schädigende Monopolstellung schaffen, hält der Reichskanzler für nicht berechtigt. Er wies auf die kürzlich vom Reichswirtschaftsminister in einem Berliner Blatt veröffentlichten Ausführungen hin, nach denen die Regierung mit allen Mitteln danach streben werde, nötigenfalls unter voller Einwirkung ihrer Autorität, daß der Pakt allen Zweigen der deutschen Wirtschaft gleichmäßig einen kräftigen Antrieb zur gesunden Fortentwicklung geben werde. In politischer Hinsicht sei der Eisenpakt ein wichtiges Dokument der allgemeinen gewordenen Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen und der Notwendigkeit, Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen.

Die Opposition gegen die Verständigungspolitik.

Die nach dem Kriege betrieben worden sei, mit der noch Luther und Stresemann in Locarno zu kämpfen gehabt hätten, und die sich auch gegen unseren Eintritt in den Völkerbund gerichtet habe, sei stiller geworden. Man beurteile auch in den Reihen der Opposition den Eintritt in den Völkerbund ruhiger und sachlicher. Die Vorforderung in Thoiry sei etwas Selbstverständliches zwischen den Nationen, die einem Bund angehören, dem die Lösung etwaiger Streitfragen als Ziel gelte. Trotz der noch zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten müsse man das feste Vertrauen zu einer befriedigenden Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen haben. An die Bevölkerung im besetzten Gebiet richtete der Reichskanzler die Mahnung, Zurückhaltung zu üben, damit sie auch nicht durch den Schein einer Mitschuld an Vorfällen ähnlicher Art, wie sie jetzt im besetzten Gebiet vorgekommen seien, die Verständigungsatmosphäre gefährde. Er als Reichskanzler wolle trotz der schmerzlichen Vorfälle den Weg der Verständigung weitergehen. Die Rede des Reichskanzlers klang aus in die Hoffnung, daß bald der Tag kommen möge, der seinen und des Reichs bestes Interesse befriedige, nämlich den Tag der Befreiung deutschen Bodens von fremder Besatzung.

Der Ausgleich mit den Hohenzollern.

Der Standpunkt der preussischen Regierung.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff sprach im Berliner Rundfunk über den mit dem ehemaligen Königshaus in der abgelaufenen Woche abgeschlossenen Vergleichsvertrag. Er gab in der Einleitung einen ausführlichen Überblick über die Verhandlungen, die über dieses Thema seit der staatlichen Umwälzung geführt wurden. Er erwähnte die verschiedenen parlamentarischen Regelungsversuche, die stets scheiterten und die ganze Angelegenheit schließlich auf den Projektweg wiesen.

Der Minister bedauerte diesen Weg und nannte das Verhalten des Reichstages bei den letzten Beratungen über die Fürstenabfindung einen Fehler. Er erklärte, daß auf der anderen Seite die juristischen Behörden bei der Behandlung der Frage allzu leicht von einer Rechtsprechung Gebrauch hätten machen müssen, die durch die Einflussnahme der regierenden Fürsten zu Zeiten ihrer Machtführung auf dem Wege über Kabinettsordres und dergl. stark zugunsten der Fürsten präjudiziert war.

Die preussische Regierung sei der Ansicht, daß auch die kommenden Verhandlungen im Reichstag zu einer Klärung noch nicht führen würden und der Minister begründete damit das Vorgehen der preussischen Regierung, die auf das Angebot der Vermögensverwaltung des ehemaligen Königshauses neue Verhandlungen einging und einen Vergleich zustande brachte, der, wie der Minister erklärte, für Preußen das Bestmögliche darstelle. Der Minister erläuterte im einzelnen, was nach den Bestimmungen des neuen Vertrages über die bekannte reichs-gesetzliche Regelung hinausgehe und was das Königshaus als Ausgleich hierfür überlasse. Die Bedeutung des neuen Vertrages liege vor allem darin, daß er den Kampf um die Fürstenabfindung und die dadurch heraufbeschworenen Partei-gegensätze beende und die letzten Rechtsbeziehungen zwischen Staat und ehemaligem Königshaus löse.

Die politische Lage in Preußen.

Zur Frage der Regierungserweiterung.

Zu dem Beschluß der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei und den dazu gemachten Ausführungen der „Täglichen Rundschau“ bemerkt die „Germania“, daß sich die allgemeinen Bedingungen für die Bildung der Großen Koalition zwischen 1921 und 1924 oder 1926 ganz wesentlich verschoben hätten. Die Republik sei nicht mehr in Gefahr; im Gegenteil, sie sei fester denn je. Die Deutsche Volkspartei werde damit rechnen müssen, daß die von starkem politischen Erfolg gehobenen Regierungsparteien zwar nach wie vor verhandlungsbereit seien, aber unter teilweise ganz anders gearteten Bedingungen. Man könne von den Regierungsparteien in Preußen nicht verlangen, daß sie Forderungen annehmen, die im Jahre 1921 ebenso verständlich waren, wie sie heute zurückgewiesen werden müssen.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge habe den Beschlüssen der völksparteilichen Fraktion über ihre fortwährende Verhandlungsbereitschaft die Meinung zugrunde gelegen, daß Ministerialdirektor Abegg für die Staatssekretärsstelle im Ministerium des Innern nicht mehr in Frage komme.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich mit der neuerlich betonten Verhandlungsbereitschaft der Deutschen Volkspartei und warnt die Deutsche Volkspartei „aus ernster vaterländischer Sorge“, diesen Weg wirklich zu Ende zu gehen. Komme es demnächst zur Herstellung der Großen Koalition in Preußen, dann fiele auch im Reiche die Aussicht auf eine staatsbürgerliche Einigung auf Null herab.

Die Krise in Frankreich.

Eine Rede Herriots.

Vor dem Kongreß der Radikalen Vereinigung des Rhône-Departements, die in Lyon tagte, hat Unterrichtsminister Herriot eine Rede gehalten, in der er seine Haltung im Verlauf der letzten Krise in Frankreich zu rechtfertigen suchte. Er erklärte, wenn er z. B. der Regierung Briand-Caillaux als Kammerpräsident wieder in die Reihen der Abgeordneten zurückgetreten sei und in die Debatte eingegriffen habe, so habe er eine gewisse Verpflichtung erfüllt, nämlich das Parlament gegen die Drohungen, die man von allen Seiten gegen es habe ausstoßen wollen, zu schützen. Auch dem Auftrag, nach dem Sturz der Regierung Briand-Caillaux, die Regierung zu bilden, habe er sich nicht entziehen zu können geglaubt. Daß er mit seinem Kabinett keinen Erfolg gehabt habe, sei darauf zurückzuführen, daß er nicht auf eine Mauer von Erz, sondern auf eine Mauer von Geld gestoßen sei. Er sei nämlich das Opfer einer abscheulichen Presselampagne geworden. Sein Eintritt in das Kabinett Poincaré begründete Herriot damit, daß diese Regierung eine Regierung der nationalen Einigung sei, nicht aber ein Rechtsministerium, in das er niemals eingetreten wäre. Weshalb soll, so fragt Herriot zum Schluß, das, was in Belgien ein Panderversteck, also ein Sozialisten, erlaubt ist, nämlich zur Rettung des belgischen Franken mit einem Bankier zu verhandeln, einem französischen Radikalen verboten sein?

Der Stand der Ernte im Reich.

Eine Mittelelnte.

Die vorwiegend trockene und warme Witterung im September ermöglichte das gute Einbringen der letzten Getreidereste. Wie vielfach berichtet wird, bleiben die Erträge jedoch nach den Druschergebnissen hinter der Vorschätzung mehr oder weniger zurück. Insbesondere ist dies bei dem Wintergetreide der Fall.

Die im Gange befindliche Kartoffelernte ist durch Trockenheit und Bodenverkrustung ziemlich erschwert. Die Kartoffelerträge fallen recht verschieden aus und entsprechen nicht überall den Erwartungen. Für Zuck- und Futterkartoffeln lautet die Beurteilung etwas besser; doch ist ihr Wachstum infolge der ungünstigen Sommerwitterung meist zurückgeblieben. In verschiedenen Gegenden sind die Hackfruchtfelder stark verunkrautet. Von der Grummet- und Heuernte sind nur in tiefer gelegenen und nassen Gegenden geringe Reste noch nicht geborgen. Der zweite Schnitt ist bei Acker und Wiesen zumeist in reichlicher Menge und guter Beschaffenheit ausgefallen. Stoppelfeld und Herbstweiden stehen fast durchweg friedlich da.

Die Aussaat des Wintergetreides ist durch Verhärtung des Bodens häufig erschwert und vielfach noch stark im Rückstand. Unter Zugrundelegung der Vegetationsnotizen 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich im Reichsdurchschnitt für Kartoffeln 3,4, (im Vormonat 3,3) Zuckerrüben 3 (2,8), Runkelrüben 3 (2,8), Klee 2,6 (2,7), Luzerne 2,6 (2,5), Bewässerungswiesen 2,4 (2,4), andere Wiesen 2,7 (2,6).

Deutschland braucht Kolonien.

Forderungen des Reichsjustizministers.

Ueber die Kolonialfrage schreibt der Vorsitzende der internationalen Kolonialvereinigung des Reichstages, Reichsminister für die besetzten Gebiete und Justiz, Dr. Vell, im neuesten Heft der „Kolonialen Rundschau“ folgendes:

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund müsse auch für die berechtigten Kolonialwünsche und Forderungen besondere Bedeutung gewinnen. Auch bei den ehemaligen Gegnern sei die Ueberzeugung durchgedrungen, daß es nicht nur eine schwere Ungerechtigkeit, sondern auch ein verhängnisvoller Fehler gewesen sei, Deutschland seinen gesamten Kolonialbesitz wegzunehmen. Diese Erkenntnis habe auch zu der Nachprüfung des Versailler Vorwurfs deutscher Kolonialunfähigkeit geführt.

Auch die jüngsten Erklärungen der südwestafrikanischen Mandatsverwaltung hierzu verdienen für eine historische Wertung besondere Beachtung. So überragend aber der nationale Ehrenstandpunkt auch sei und bleibe, so könne sich Deutschland mit dem theoretischen Erfolg der Anerkennung seiner Mandatsfähigkeit nicht begnügen. Deutschland müsse vielmehr als Kulturstaat mit tausendjähriger Vergangenheit sorgen unabwiesbarer Bevölkerungsprobleme, wegen seines rühmlichen Bedarfs an kolonialen Rohstoffen und wegen seiner schweren Reparationsverpflichtungen seinen berechtigten, unverzichtbaren Anspruch auf Mitwirkung bei der Zivilisation unentwickelter Völker und an der Kolonisationsarbeit auch in Zukunft aufrecht erhalten.

Politische Tageschau.

— **Keine Änderung der Reichsverfassung.** Reichsinnenminister Dr. Kütz führt in einer Zuschrift an den „Sannoverschen Kurier“ aus, der die Notwendigkeit von Verfassungsänderungen betont hatte: Von mir aus selbst in eine Revision der Verfassung einzutreten, habe ich nicht die Absicht, weil die demnächst beginnende Tagung des Reichstages mit gesetgebenden Aufgaben von weittragender Bedeutung außerordentlich stark belastet ist. Derartige grundlegende und weittragende Probleme, wie über den Ausbau und die Verbesserung der Verfassung, müssen von der Regierung und dem Parlament in Zeiten erörtert werden, in denen sie nicht durch dringende gesetgebende Aufgaben voll in Anspruch genommen sind.

— **Neue Anordnungen für das besetzte Gebiet.** Das „Journal“ berichtet aus Mainz, General Guillaumat werde angesichts der Zwischenfälle, die sich im besetzten Gebiet ereignet haben, gewisse Vorkehrungen treffen. Abgesehen von der geplanten Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Polizei werde den Soldaten der Besatzungsarmee zur Pflicht gemacht werden, nicht mehr einzeln, sondern nur noch in Gruppen zu zwei oder drei auszugehen. Die Zahl der Wachposten soll erhöht werden. Das Betreten abgelegener Stadtviertel soll den Truppen verboten werden.

Handelsteil.

Berlin, 11. Oktober.

— **Devisenmarkt.** Am Devisenmarkt bildete die Steigerung des Diskonts die Zensur des Tages. London ging gegen Markland auf 118 nach 122 am Samstag zurück.

— **Effektenmarkt.** Der feste Wochenkurs übertrug sich auf den Beginn der heutigen Montagbörse. Bei großen Umsätzen und lebhafter Beteiligung des Publikums nahm die Haussebewegung ihren Fortgang. Helmsche Staatsrenten stieg.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen inländ. 23,7—24, Roggen inländ. 21,4—21,9, Sommergerste 21,9—23,5, Wintergerste 18—18,6, Hafer inländ. 17,5—19,1. Mais loco Berlin

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.

16. Fortsetzung.

„Na, ich bin wirklich neugierig, was aus Rußland wird.“

„Mama, es ist dir doch recht — ich habe Bürkners zum Abendbrot für Dienstag eingeladen. Man muß sich doch revanchieren,“ begann Martha, die noch immer nicht mit Frühstück fertig war und jetzt mit Behagen ein weiches Ei auslöffelte.

„Freilich ist mir's recht; ich habe auch schon daran gedacht; da braucht man nicht so zu sein.“

„Aber ich habe noch jemanden mit eingeladen.“

„So? Wen denn?“

„Also höre, Mama! Bürkners haben ein Zimmer abvermietet und zwar an Lucian Waldow — du weißt doch, den Konzertmeister, der dich immer so sehr durch sein Spiel entzückt hat. Der scheint dort bei Bürkners ganz familiär zu verkehren; denn er kam gestern Abend zu ihnen, so daß ich ihn kennen lernte. Er ist sehr nett und gemütlich, und im Laufe des Gesprächs habe ich ihn aufgefordert, mit zu uns zu kommen.“

„Während sie das sagte, befaß sie gelegentlich ihre rosigen, gut gepflegten Fingernägel.“

„Und hat er angenommen?“

„Gern! Ich habe übrigens bei der Einladung weiter gedacht! Du weißt, wie beliebt und geachtet Waldow hier ist; jeder drängt sich nach ihm, und da ist es sehr von Vorteil, wenn er hier bei uns verkehrt. Wir müssen doch im Winter ein großes Essen geben; dazu laden wir ihn mit ein, und zum Schluß trägt er dann etwas vor! Das ist mal etwas anderes, was man seinen Gästen bietet.“

„Einen Künstler zum Nachtschiff servieren,“ sagte Herr Hilbrandt, der auf die letzten Worte geachtet hatte, „du bist rein toll. Mädel!“

19—19,3, Weizenmehl 33,25—37,75, Roggenmehl 30,75—32,25, Weizenkleie 10—10,25, Roggenkleie 10,5—10,6.

Frankfurt a. M., 11. Oktober.

— **Devisenmarkt.** Im Devisenverkehr stellte sich für den Pariser Franken eine leichte Abschwächung ein. Der Kurs stellte sich auf 168,75, Brüssel unverändert 174,50. Die italienische Lira notierte fest mit 121. Das englische Pfund blieb unverändert mit 4,85 1/2 Dollar. Der New Yorker Markkurs ist 4,20 Dollar.

— **Effektenmarkt.** Die Börse zeigte zu Wochenbeginn auf nahezu allen Märkten zuverlässige Stimmung. Der deutsche Anleihemarkt lag ruhig und war eher etwas leichter.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen 28,50—28,75, Roggen 22,75, Sommergerste 24—28, Hafer inländ. 18,75—19,25. Mais loco 19. Weizen 41,25—42, Roggenmehl

33—34, Weizenkleie 10, Roggenkleie 10,50, Erbsen 40—60, Linsen 45—75, Senf 7—7,50, Weizen- und Roggenstroh 3,25—3,75, gebündelt 2,27—3, Treber getrocknet 15,50—16. Tendenz: stetig.

— **Kartoffelmarkt.** Es wurden gezahlt für 50 Kg.: Wetterauer Kartoffeln, Industrie 4,30, weißfleischige 3,75.

— **Frankfurter Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: 1759 Rinder; darunter 516 Ochsen, 73 Bullen, 772 Kühe, 398 Färsen, 314 Kälber, 197 Schafe, 3438 Schweine. Preise für 1 Str. Lebendgewicht: Ochsen: vollst., ausgewästete höchsten Schlachtwertes, jüngere 56—59, ältere 52—57, sonstige vollfleischige 46 bis 51, fleischige 40—45. Bullen: jüngere vollst., höchsten Schlachtwertes 48—52, sonstige vollfleischige oder ausgewästete 43 bis 47. Kühe: jüngere, vollst., höchsten Schlachtwertes 48—52, sonstige vollst. oder ausgem. 40—47, fleischige 39—39, gering genährte 29—29. Färsen: vollst., ausgem. höchsten Schlachtw. 53 bis 59, vollst. 48—54, fleischige 42—47. Kälber: beste Mast- und Saugkälber 84—90, mittlere Mast- und Saugkälber 74—83, geringe Kälber 66—73. Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm, Weidemast 40—45, mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte Schafe 33—38, fleischiges Schafvieh 26—32. Schweine: Festschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht 80—82, vollst. von ca. 240—300 Pfd. 80—83, vollst. von ca. 200—240 Pfd. 80—84, vollst. von ca. 160—200 Pfd. 80—83, fleischige von ca. 120—160 Pfd. 76—79, Sauen 65—75.

— **Manheimer Schlachtviehmarkt.** Ochsen: a) 57—59, a) 44—49, b) 38—41, b) 32—35, c) 26—30, d) 23—25. Bullen: a) 48—50, b) 42—44, c) 35—38, d) 30—32. Kühe: a) 46—48, b) 36—38, c) 27—29, d) 14—22. Färsen: a) 58—60, b) 36—47. Kälber: b) 40—48, c) 74—78, d) 66—72, e) 54—58. Schweine: a) 81—82, b) 81—82, c) 81—82, d) 80—81, e) 79—80, f) 77—78, g) 64—70. Arbeitspferde: 600—1400. Schlachtpferde pro Stüd 60—100. Auftrieb: 358 Ochsen, 130 Bullen, 901 Kühe, 631 Kälber, 119 Schafe, 3016 Schweine, 169 Arbeitspferde, 44 Schlachtpferde.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen inländ. 23,5, Weizen ausländ. 31—32,5, Roggen inländ. 23,5 bis 23,75, Hafer inländ. 18—19, Hafer ausländ. 19—22, Braugerste 23,5—29, Futtergerste 20—21, Mais mit Sad 19,25—19,5, Weizenmehl 00 41,75, Weizenbrotmehl 31,75, Roggenmehl 33,5—34,5, Weizenkleie 9,75—10, Treidentreber mit Sad 15,25.

Aus aller Welt.

□ **Panik in einem Kinotheater.** Während einer Kinovorstellung des Lichtspieltheaters in St. Eilenburg brach aus bisher noch nicht gekannter Ursache plötzlich Feuer aus. Der Rauch drang auch in diesen Schwaden in den Zuscherraum des Kinotheaters, das von mehr als 200 Knaben und Mädchen besucht war. Unter den Jugendlichen entstand eine furchtbare Panik. Da der Ausgang sehr schmal war, stürzten die Kinder übereinander und fielen die Treppe hinunter. Die Feuerwehr mußte mehr als 30 Kinder in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus oder in die elterlichen Wohnungen überführen.

□ **Brandunglück.** In dem Jagtgebäude eines Landwirts in Eriten brach in der Nacht ein Feuer aus, das auch die benachbarte Gastwirtschaft ergriff. Durch den Deckeneinsturz eines Saalangebäues verunglückten zwei Personen tödlich, vier wurden schwer verletzt. Man vermutet Brandstiftung.

□ **Einsturz einer Eisenbahnbrücke.** In der Nacht stürzte an der Strecke Halberstadt—Wegeleben aus bisher unbekannter Ursache eine im Bau befindliche Beton-Eisenbahnbrücke in den Goldbach. Ein Schlosser aus Magdeburg lag dabei den Tod; seine Leiche ist geborgen worden. Die übrigen Bauarbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

„Was soll das, Papa? Du weißt, ich liebe das nicht, wenn du dich in deinen Ausdrücken so sehr gehst läßt,“ verwies ihn Martha kühl.

Dann fuhr sie, zur Mutter gewandt, fort:

„Also du bist einverstanden, Mama? Ja? Nun, das ist gut! Vielleicht, daß wir es Arburs noch mit sagen? Dann hat Papa wenigstens auch jemanden, denn mit Onkel ist doch nicht zu rechnen! Was meinst du, was wir geben wollen? Nur ganz einfach soll es sein. Ich denke, wir geben Bouillon in Tassen, eine Hummertomaten- oder Fischsalat, ein paar Ravioli- und Zuchschnecken und ein paar Aufschnitt. Hinterher vielleicht eine Pfirsichbowle, während wir Bier zum Abendbrot reichen.“

„Du hast recht, Marthachen,“ nickte die Mutter.

„Hast recht, sonst fühlen sie sich zu bedrückt!“

War das entworfenen Menü wirklich so einfach?

Herr Hilbrandt hütelte sich aber, etwas zu den Anordnungen der Tochter zu sagen.

Was und wie diese bestimmte, das galt! Die mußte wissen, was sich gehörte; wofür war sie denn in einer so teuren Pension gewesen? —

5.

„Ich habe nicht ein bißchen Lust, heute Abend zu Hilbrandt zu gehen,“ sagte Thantmar, als es so weit war.

„Denkst du, ich?“ gab Edith zurück. „Nicht für fünf Pfennige habe ich Lust!“

„Aber es geht doch nicht anders, Kinder,“ sagte Frau Bürkner. „Was ihr nur immer habt! Martha ist wirklich so nett; sie hat noch mal geschrieben, ob wir auch dran hätten. Ich weiß gar nicht, was ihr wollt. Onkel Hilbrandt ist doch nun mal mein einziger Bruder.“

„Schöner, einziger Bruder,“ brummte Thantmar.

„Lach schwieg!“ warnte Edith mit einem bezeichnenden Blick nach der Mutter, die in ihrem braunen

□ **Der Reichspräsident an Frau von Seeringen.** Tüßlich des Ablebens des vormaligen preussischen Ministers, Generaloberst von Seeringen, hat der Reichspräsident der Witwe des Entschlafenen in einem herzlich gehaltenen Schreiben seine Teilnahme ausgesprochen.

□ **Hungerstreik im Zentralgefängnis von Kottbus.** Samstag früh befinden sich die politischen Gefangenen Zentralgefängnisses Kottbus im Hungerstreik, um eine Änderung der Dienst- und Vollzugsverordnung zu erzwingen.

Letzte Nachrichten.

Ein Dementi des Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Oktober. Zu der Meldung einer Korrespondenz, der Herr Reichspräsident habe um die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Hohenzollern an den Wehrübungen gewußt und habe sie vorher gebilligt, teilte das Büro des Reichspräsidenten mit, daß diese Meldung falsch sei. Der Herr Reichspräsident hat erst durch die Presse von der Teilnahme des Prinzen an Reichswehrübungen Kenntnis erhalten. Die Behauptung, daß derartige Gerüchte von Stellen im Reich und in Preußen weitergegeben seien, entbehrt ebenfalls jeder Grundlage.

Neue Strafbestimmungen im besetzten Gebiet.

Köln, 11. Oktober. Die Rheinlandkommission hat im Zusammenhang mit der Änderung der Bestimmungen über die Ordnung der Strafbestimmungen neu gegeben: Wer gegen Verordnungen, Anweisungen und Bescheidungen der Hohen Kommission und gegen Befehle von den Militärbehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihrer Befugnisse gegeben sind, verstoßt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Personalveränderungen in der Reichswehr.

Berlin, 11. Oktober. Mit dem 1. Oktober sind folgende Generalleutnant von Lohberg, Kommandeur des Gruppierungskommandos I in Berlin, zum General der Infanterie, Kommandeur der 1. Division in Hannover, zum Generalleutnant und Oberst v. Nagel, Infanterieführer der 5. Division in Stuttgart, Generalmajor.

Sturm an der deutschen Küste.

Starke Verheerungen durch Wind und Wasser.

Eine Sturmflut, wie sie seit zehn Jahren die deutsche Küste nicht mehr heimgesucht hat, ist durch die von England über die Nordsee ziehende Depression an die deutsche Nordseeküste geworfen worden.

In Hamburg ist das mittlere Hochwasser um 3 Meter erhöht eingetreten. Die Erhöhung von 3 Meter wird allgemein auf allen Stationen der Nordseeküste und in den Ästuaren der Elbe, Weser und Ems eintreten. Das mittlere Hochwasser dürfte jedoch bereits wieder um 1—1 1/2 Meter niedriger eintreten.

Das Elbwasser trat an verschiedenen Stellen über den Ufer und drang in die niedrig gelegenen Kellerwohnungen in Hamburg ein. Wie von der Unterelbe gemeldet wird, ist der holländische Dreimaßschoner „Neptunus“ heute bei Ruyterhafen gesunken. Die Besatzung konnte gerettet werden. Ebenso wurde eine große Schute der Brunsbütteler Eisenbahn abgetrieben. Der auf Schienen laufende, in Eisenkonstruktion errichtete Riesentran der Winklerkohlen-Gesellschaft infolge des Sturmes aus der Verankerung, trieb auf den Wellen und stürzte tragend in sich zusammen. Über dem Tagebagger Koog, das vollkommen unter Wasser steht, sind über hundert Schafe ertrunken.

Der starke Sturm hat auch die Insel Sylt heimlich und an der Strecke Hörnum—Westerland erhebliche Verheerungen angerichtet. Der Bahndamm ist auf einer Länge von 400—500 Meter zerstört worden. An der Westküste trat

ein erheblicher Landabbruch

ein. Auch sind größere Verluste an Vieh, das auf dem schwimmenden Vorland untergebracht war, zu beklagen. Dem Damm Sylt-Festland sind die beiden Anlegebrücken in Kistheim für die Materialanfuhr weggeworfen worden.

kleide, dem sie durch Vorsetzen einer hellen Schürze ein festlicheres Aussehen gegeben, schon unruhig Zimmer umherging.

Edith war dabei, sich vor dem Bohnzimmerspiegel ihr schönes, goldschimmerndes Haar zu ordnen. Sie legte es in zwei dicken Flechten um den Kopf, wusch ihr Gesicht mit kaltem Wasser und schaute sich im Spiegel an.

„So, nun bin ich gleich fertig, in zehn Minuten kann's losgehen,“ sagte sie. „Nur schnell noch die Schuhe anziehen.“

Gut schliefte sie aus dem Zimmer, um noch ein der angegebenen Zeit fertig anzuziehen wieder herunter zu kommen.

„Hier, Mutterchen, dein Kopfschmerz! Binde ihn mir lieber um; die Nachtlust geht kühl! Ach, und ich muß nun das Jackett von Martha anziehen. Es paßt gut; aber ich wollte, ich hätte doch etwas anderes.“ Thantmar, der saß wohl Herrn Waldow weisend, „wir jetzt gehen wollen. Vater ist auch fertig!“

Die fünf Personen machten sich auf den Weg.

Lucian hatte Bürkners schon an der Tür erwartet. Er erzählte, daß er Sonntag mittag seinen Besuch bei Hilbrandts gemacht hatte, um sich für die Einladung zu bedanken, und sehr liebenswürdig aufgenommen worden sei.

Später richtete er es so ein, daß er neben Edith ging, während deren Eltern und Bruder stets um einige Schritte voraus waren.

Brüßend überflog er ihre reizende Erscheinung. „Schaust wieder lieb aus, Perle,“ sagte er dann zärtlich. „Und wie fein du dich gemacht hast! Das Jackett —“

„Das hab' ich von Martha bekommen. Ich habe nicht gern genommen; aber eine Ablehnung hätte sicher beleidigt.“

Fortsetzung folgt.

In Stettin und Umgebung wurden Ziegel von den
Häusern geworfen, Fensterscheiben eingebrochen und Bäume
zerstört, so daß die Feuerwehr vielfach zu Hilfe geholt
werden mußte. Die im Hafen liegenden Schiffe konnten nicht
entkommen. Ein mit fünf Personen besetztes Boot kippte um.
Der Mann der Besatzung konnte gerettet werden, der fünfte
verstarb.

Große Sturmshäden auf Helgoland.
Der Nordweststurm hat hier große Zerstörungen an-
gebracht. Das Bollwerk auf dem Nordstrand ist teilweise zer-
stört und teilweise schwer beschädigt. Am schlimmsten hat die
Küste gelitten. Auf der Nordostseite ist ein großer Teil der
Küstendüne weggerissen. Die auf der Düne wohnenden Arbeiter
wurden gezwungen ihre Behausungen verlassen.

Orkan und Vollenbrüche über Berlin.
In der Nacht ging ein orkanartiger Sturm, verbunden
mit einem heftigen wolkenbruchartigen Regen, über Berlin.
Der besonders in den östlichen Gegenden erhebliche
Schadungen verursachte.

Der preussische Richtertag Die Vertrauenskrise.

In Kassel begann unter außerordentlicher Beteiligung
dem ganzen Reich der fünfte Preussische Richtertag. Die
Verhandlungen wurden mit einer Eröffnungsansprache des
Landesgerichtspräsidenten Dr. Bracht eingeleitet, der nach einem Hin-
weis auf die in der Öffentlichkeit vielbesprochene Vertrauens-
krise forderte, daß gerade im jetzigen Augenblick alles getan
werden müsse, um die Kluft zwischen dem Volk und dem
Recht zu überbrücken.

Der Vertreter des Justizministeriums, Geheimrat Dr.
W. v. S. erklärte: Es haben sich leider schwere Vor-
fälle aus dem Volk heraus gegen die Justiz ereignet, die
besonders auf die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit
abzielen. Das Justizministerium ist der Ansicht, daß diese
Vorwürfe unbegründet sind und daß es sich immer nur um
einzelne Fälle handelt. Die richterliche Unabhängigkeit muß
heute in der Republik die Grundlage für Recht und
Gerechtigkeit bilden.

Oberbürgermeister Dr. Stadler, der die Grüße der Stadt
überbrachte, ersuchte u. a. um die Unterstützung des
preussischen Richtertages bei dem Kampf Kassels um die
Erhaltung seines Oberlandesgerichts.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde durch
Landesgerichtsdirektor Dr. Ernst-Charlottenburg eine bereits
in Kassel gegebene Erklärung verlesen und
eine Entschließung

gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Richter und
Staatsanwälte erblicken in der Weimarer Verfassung die
Grundlage des Rechts und die Gewähr für den Bestand des
Rechtsstaates und bekunden ihre unerschütterliche Verfassungs-
treue. Die Richter sind Diener des im Gesetz niedergelegten
Rechts des deutschen Volkes, nicht Diener irgend einer
Person. Sie erachten es als ihre Pflicht, die Verfassung der
Republik als oberstes Gesetz des deutschen Volksstaats zu
wahren.

Aus Nah und Fern.

Die Straußwirtschaft von Herrn Georg Kroeschell er-
reichte immer mehr durch eine großzügige Reklame und ihren
Wein den Fremdenverkehr im gern besuchten Hoch-
heim. Wird doch jetzt auch im Frankfurter Rundfunk
Hochheim als das Hochheimer Weines gepriesen. Zu man-
chen, besonders wenn Vortragskünstler auftraten,
wurde die Halle der Straußwirtschaft so besetzt, daß nicht alle
Plätze zu finden. Am Samstag und Sonntag war
Vortragskünstler Gustav Jakob aus Wiesbaden an-
wesend und unterhielt die Gäste mit seinen humorvollen
Vorträgen. — Auch waren für den Samstag Abend die
Künstler der Presse von hier und den benachbarten Städten
anwesend, die den besten Eindruck von dieser vorzüglichen
Anlage mit nach Hause nahmen.

Hochheim a. M. Die Vereinigung Hochheimer Na-
tionalsozialistischer: Geheim Kommerzienrat Herrn Jos.
Hummel Erben (Freiburg von Nordsee zur Rabenauischen
Halle), Wilhelm Fischle, Johann Ant. Hirschmann und
Geheim Kommerzienrat Adolph'sche Gutsverwaltung hielt
am Mittwoch in der verflochtenen Woche daher eine Ver-
sammlung von naturreinen Weinen ab, bei der insgesamt
Kummern 1924er und 1925er zum Ausgebot gelangten.
Beingut Geh. Kommerzienrat H. J. Hummel Erben
steigerte 10 Halbstück 1925er, wobei erst wurde für
Halbstück Hochheimer „Weiler“: 780, 800, 920 Mark;
„Hochberg“: 840, 890, 950, 970, 1210 Mark, im Durchschnitt
930 Mark, zusammen für 10 Halbstück 9180 Mark. Seitens
Geheim Kommerzienrat Wilhelm Fischle wurden ausbezogen 6
Halbstück 1925er, vereinnahmt für das Halbstück Hochheimer
„Daubhaus“: 800, 840, 850, 950 Mark, im Durchschnitt
860 Mark, zusammen für 6 Halbstück 5160 Mark. Das
Beingut J. A. Hirschmann versteigerte 6 Halbstück 1925er,
wobei wurde das Halbstück Hochheimer „Neuberg“ mit
„Kopi“ 900 Mark, „Sommerheil“ 910 Mark,
„Daubhaus“ 930 Mark, „Kohltau“ 1140 Mark, „Kirchen-
berg“ 1260 Mark, zusammen 6010 Mark. Als viertes
Beingut brachte die Geh. Kommerzienrat Adolph'sche
Gutsverwaltung 15 Halbstück 1924er zum Ausgebot. Das
Halbstück wurde bewertet Lage „Daubhaus“ 770, 800, 820
Mark, „Steinern Kreuz“ 800 Mark, „Weine“ 860 Mark,
„Hochberg“ 810 bis 930 Mark, „Weiler“ 800, 820 Mark,
„Kohltau“ 1000 Mark, „Stein“ 980 Mark, „Stielweg“ 1000 Mark,
„Kohltau“ 1020 Mark, „Kirchenberg“ 1200 Mark, „Dom-Dechaney“
1000 Mark, im Durchschnitt das Halbstück 930 Mark, zusam-
men für 15 Halbstück 13950 Mark. Das Gesamtergebnis
der Weinversteigerung befreit sich auf 34 340 Mark.

Frankfurt a. M. (Festgenommener Ein-
satz und Schwindler.) Festgenommen wurde der
Kontorist Konrad Welzhofer, weil er im dringenden Verdacht
steht, in einem Kolonialwarengeschäft in der Scheide-
wäldchen eingedrungen zu haben. Er hat einen Teil der dort
entnommenen Waren und vom Schwindler in der „Herberge
Seimat“ verkauft. Bei der polizeilichen Vernehmung
sagte sich noch heraus, daß Welzhofer es meisterhaft versteht,
den Metzgermeister zu „klopfen“, d. h. er zieht sich,
wenn er kein Metzger ist, einen Metzgerkittel an und fragt
den Metzgermeister nach Arbeit. Mit der Arbeit ist ihm

aber nicht Ernst, ihm liegt nur daran, daß ihm als arbeits-
losen Kollegen Wurst und Geldgeschenke gegeben werden.
Dies Geschäft war auch einträglich. Mit dem geschenkten
Gelde machte er sich nachts vergnügliche Stunden in einem
Spielklub.

Offenbach. (Der Umbau des Offenbacher
Hauptbahnhofs.) Der neue, modern eingerichtete
Bahnhof 3. und 4. Klasse des neuen Offenbacher Hauptbahn-
hofs ist dem Verkehr übergeben worden. Das neue Empfangs-
gebäude wird noch in diesem Jahre unter Dach kommen. Die
gesamten neuen Bahnhofsanlagen werden erst im kommenden
Jahre ihrer Fertigstellung entgegengebracht.

Meißenheim. (Großfeuer.) Durch Großfeuer
brannte das Kaufhaus Hertel in Ulmet vollständig aus; sämt-
liche Warenbestände der Manufakturwarenbranche usw. wurden
vernichtet. Der Schaden ist sehr bedeutend. Das Feuer wütete
mit solcher Schnelligkeit, daß die Bewohner nur noch mit den
Feuerleitern aus den Fenstern der oberen Stockwerke gerettet
werden konnten.

Nidda. (Neulandwirtschaftliche Schule
in Oberhessen.) Der Gemeinderat genehmigte in seiner
letzten Sitzung die Errichtung eines Landwirtschaftsamtes
und einer landwirtschaftlichen Schule.

Dillenburg. (Großfeuer.) In der Nacht brach
in Niederscheld Großfeuer aus. Hinter der Kirche standen
drei Scheunen in Flammen. Die Niederschelder Feuerwehr
gemeinsam mit der Dillenburg besetzte das Feuer, das
auf seinen Herd beschränkt wurde. Die drei Scheunen sind
völlig niedergebrannt.

Hünfeld. (Großes Schadenfeuer.) In Michels-
rombach (Kreis Hünfeld) entstand in der Scheune des Land-
wirts Hedder ein großes Schadenfeuer. Da es an den reichen
Erntevorräten gute Nahrung fand, griff es rasch um sich und
sprang auch auf das benachbarte Wohnhaus des Schuhmachers
Beder über. Beide Gebäude wurden völlig eingeebnet. Die
Entstehungsursache ist noch ungeklärt.

Limburg. (Die Limburger Zahnbrücke
wiederhergestellt.) Die hiesige Zahnbrücke, die in
den letzten Wochen einer gründlichen Ausbesserung unterzogen
wurde, ist jetzt dem Verkehr wieder restlos geöffnet worden.
Die beiden Brückenbögen, die Risse aufwiesen, sind durch
Eisenkonstruktionen und Betonierung beseitigt worden, so daß
sie dem modernen Verkehr wieder vollkommenen Stand halten.

Kassel. (Plötzlicher Wahnsinn.) Ein hiesiger
Einwohner, sonst ein sehr ruhiger und friedlicher Mensch,
wurde, als er in seiner Wohnung mit Frau und Tochter zu-
sammen war, plötzlich wahnsinnig, begann zu toben und schlug
auf seine Familienangehörigen ein, die schwere Verletzungen
davontrugen. Der Schutzpolizei gelang es schließlich nur mit
Mühe den Mann zu überwältigen, der dann in eine Heilanstalt
überführt wurde.

Gernsheim. (Die Brillantenbrosche in der
Rauchgrube.) Beim Entleeren der Abortgrube im
Gasthaus zum Rheinischen Hof wurde ein Portemonnaie ge-
funden, welches außer einer Münze eine Brillantenbrosche im
Werte von etwa 1000 Mark enthielt. Der rechtmäßige Eigen-
tümer hat sich noch nicht gemeldet. Vermutlich hat ein Dieb
das Geld dem Portemonnaie entnommen und letzteres zu-
sammen mit der Brosche, deren Wert er nicht kannte, in die
Grube geworfen.

Darmstadt. (Die heftige Gewerbesteuer.)
In der letzten Sitzung der Industrie- und Handelskammer
wurde das Problem der heftigen Gewerbesteuer behandelt,
wobei man die Forderung auf eine vorläufige (Interims-)
Veranlagung der Gewerbesteuer wiederholte. Leider fehlen
die Voraussetzungen für eine endgültige Regelung, da die
Lage auf dem Gebiete der öffentlichen Abgabe noch unklar sei,
doch sei es möglich, wenigstens eine ordentliche Veranlagung
Platz greifen zu lassen, und zwar wie in Preußen durch ein
Interims-Gesetz. Hierbei müßten die Jahre 1925 und 26
veranlagt werden und diese Veranlagung zweidrittelweise
auf das Jahr 1927 ausgedehnt werden.

Darmstadt. (Einberufung des Hessischen
Landtags.) Der Hessische Landtag ist auf Mittwoch, den
20. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht
u. a. die Beratung des Volksbegehrens auf Auflösung des
Hessischen Landtags.

Der Stand der Reben in Deutschland.

Preußen. Der Stand der Reben ist gegen den Vormonat
weiter zurückgegangen, nachdem bereits in den vorausgegan-
nen Monaten außer September ein fortlaufender Rückgang zu
verzeichnen gewesen war. Die Ernte wird somit der Menge
nach als gering bewertet. Dies gilt für alle Weinbaugebiete,
auch für das bedeutendste der Mosel, Saar und Ruwer, ob-
wohl dieses Gebiet noch den besten Stand von allen aufweist.
Der Rheingau und das Ahrgebiet werden sogar nahe an sehr
gering beurteilt.

Die Gründe für den schlechten Ernteausschlag sind die
großen Frostschäden vom 9. und 10. Mai, der schlechte Ver-
lauf der Blüte in dem nassen Vor sommer und schließlich das
starke Austreten von Peronospora, Schimmelpilz, rotem
Brenner, Fäulnis, Sauerwurm und verschiedenen anderen
Schädlingen. Besonders der Sauerwurm hat noch zuletzt
stellenweise schwer geschadet. Die günstige Witterung vom
August und die noch bessere vom September hat auf die Be-
schaffenheit und Güte der Trauben sehr vorteilhaft eingewirkt,
so daß die Staatsnote hierfür die beste seit 1922 geworden ist.

Bayern. In den Weinbergen ist durchschnittlich nur ein
mäßiger Herbst zu erwarten. Trotz aller Befürchtung wurde
der an sich geringe Behang in der Pfalz durch Peronospora
und Sauerwurm weiter erheblich vermindert, während das
günstige Herbstwetter die vorhandenen Trauben gut austreifen
läßt. Ähnlich lauten die Berichte aus Unterfranken, wo sich
auch Oidium unangenehm bemerkbar macht.

Baden. Die Herbstausbeute ist bezüglich der Menge in
allen Weinbaugenden weiter zurückgegangen. Infolge der
außerordentlichen Trockenheit sind — insbesondere an den
Steilhängen — die Reben in der Entwicklung zurückgeblieben
und teilweise nach und nach abgefallen. In manchen Be-
zirken (z. B. Markgräfler, Bühler Gegend) hat der
Sauerwurm trotz eifriger Bekämpfung seine zerstörende
Tätigkeit bis in die letzte Zeit fortgesetzt. Die zu erwartende
vorzügliche Qualität des neuen Weins wird im allgemeinen
nur den sog. Glühherbstern zugute kommen, die wohl in der
Mehrzahl der Weinbaugenden da und dort vorkommen
mögen.

Württemberg. Die Weinberge haben durch die sonnige
und warme Septemberwitterung abermals eine wesentliche
Förderung erfahren und der Reifegrad der Trauben ist weit

vorangeschritten; bedauerlich ist nur, daß infolge des Mai-
frosts und des Austretens der Rebschädlinge (Mehltau, Fleu-
und Sauerwurm, Peronospora) der heutige Weinherbst der
Menge nach ein sehr magerer sein wird und daß sogar manche
Weinbaugemeinden mit einem gänzlichen oder annähernden
Fehlherbst rechnen müssen.

Heßen: Durch Krankheiten und schlechte Witterung wird
die Nebenernte als gering bis sehr gering angegeben.

Lothales.

Hörsheim am Main, den 12. Oktober 1926.

Weinzeit.

Die Weinlese hat begonnen. In den Weinbaugenden un-
seres Vaterlandes, am Rhein, an der Mosel, in der Pfalz, im
Saarlande, in Franken und Baden, überall, wo Reben wachsen,
wird geerntet, gekeltert und getrunken. Schon in einem alten
Karlsruher Buch des Nürnberger Jost Ammans steht zu lesen:
Der Wein ergeht des Menschen Herz,
Erweckt darin freud, Schimpf und Schmerz.
Wer nicht mag saufen jeder Kräft,
Der selbst kein rechter Teufel ist.

Und es muß ja wohl gesagt werden, daß die rechten Teufel
zum Leidwesen aller Abstinenten und Prohibitionisten noch
immer sehr zahlreich vertreten sind . . .

Schon gärt der „Neue“ in den Fässern. Man weiß noch
nicht so recht, wie der Jahrgang werden wird. Die Ernte ist
überall nicht allzuweit ausgefallen, die Sonne schickte, Regen und
Angezeiger beeinträchtigten vielfach den Ertrag. Dazu kommen
noch die wirtschaftlichen Sorgen der Weinbauern, die neben
hohen Steuerlasten auch noch die Gefahr ausländischer Kon-
kurrenz zu tragen haben.

„Aber der Wein tut das sein.“ Und so wird schließlich
auch der diesjährige Wein zunächst in den Fässern das sein'
tun, und wenn er dann später getrunken wird: goldklar, hell
und blumig — in den Köpfen . . . Man muß schon einmal
in einer deutschen Weinbaugend längere Zeit gelebt haben, um
die Vorzüge eines guten Tropfens ganz zu schätzen. Der Wein
erfreut nun einmal des Menschen Herz. Man sagt, daß im
Wein Wahrheit sei; Alcaus nennt ihn einen Spiegel des
Menschen. Tatsache ist wohl, daß er mehr die heiteren Seiten
des Daseins spiegelt, als die trüben und bösen. Man darf
nicht mit falschem Maß messen.

Der ist nicht wert des Weins,
Der ihn wie Wasser trinkt . . .

singt Bodensiedt in seinen Mirja-Schaffs-Biedern. Wer erst
die Köstlichkeit des Rebensaftes erkostete, der sorgt von selbst
schon dafür, daß er sie mit klaren Sinnen genießt.

*
Wettervorhersage für Mittwoch, den 13. Oktober:
Müßl, meist bewölkt, nur vereinzelte Niederschläge.

Reichsmittel für die Siedlung. In Zeitungsberichten
über die Mitteilungen des preussischen Landwirtschaftsmini-
steriums im Preussischen Landtage wurde offenbar mißver-
ständlicherweise behauptet, die vom Reich grundsätzlich in Aus-
sicht gestellten Mittel zur Ansiedlung in dünnbesiedelten
Gebieten würden tatsächlich nicht zur Verfügung gestellt.
Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Vom Reich
ist bereits ein Teilbetrag von 12 Millionen teilweise seit
Anfang September und teilweise seit Mitte September zur
Verfügung gestellt worden. Diese Maßnahme beruht auf ein-
gehenden Besprechungen mit den zuständigen preussischen
Stellen über den zunächst zu erwartenden Bedarf. Tatsächlich
sind bis heute nur annähernd eine bis anderthalb Millionen
aus diesen Mitteln auf Grund von Anträgen, die das preu-
sische Landwirtschaftsministerium weitergeben konnte, in
Anspruch genommen worden.

Gräberschmuck an den Totengedenktagen. Der Volks-
bund Deutscher Kriegsgräberfürsorge gibt auch in diesem Jahre
jedem Gelegenheit, einen Kranz, einen Blumenkranz am fernem
Grabe seines Angehörigen niederzulegen. Daß der sich immer
weiter ausdehnenden Arbeit des Volksbundes ist es gelungen,
die Zahl der Friedhöfe, auf denen Gräberschmuck erfolgen kann,
gegen das Vorjahr zu verdoppeln. Bei Bestellung eines Grab-
schmuckes bitten wir um deutliche Angabe von Vor- und Zu-
namen, Dienstgrad, Truppenteil, Todesort, Friedhof (Land,
Provinz) und möglichst Grabnummer des Gefallenen. Für
Totensonntag müssen die Bestellungen bis zum 15. Oktober
in Händen des Sekretariats des Volksbundes Deutsche Kriegs-
gräberfürsorge, Frankfurt a. M., Mühlengasse 3, sein. Ein
Kranz in Frankreich kostet 10 Reichsmark und ein solcher in
Belgien 6 Reichsmark. In Polen einschl. Galizien und allen
übrigen Ländern mit Ausnahme von Rußland kostet ein Kranz
8,50 Reichsmark. In Rußland stellt sich der Preis für einen
Kranz auf 8,50 bis 15 Reichsmark. Den Betrag bitten wir
zugleich mit der Bestellung auf das Postfachkonto: Kriegs-
gräberfürsorge 55 900 Frankfurt a. M. unter Angabe des
Zahlungszweckes einzufenden.

**Auflösung des Bundes deutscher Frauenvereine gegen
die Wohnungsnot.** Der Bund deutscher Frauenvereine ver-
anstaltete in Berlin eine Kundgebung gegen die
Wohnungsnot. Die Versammlung, an der Frauen aus allen
Teilen des Reiches zahlreich teilnahmen, nahm eine Ent-
scheidung an, in der gefordert wird, daß zur Überwindung
der Wohnungsnot Reich, Länder und Gemeinden sofort ein
klares, ausreichendes Bauprogramm aufstellen und bekannt-
geben.

Bernünftig heizen!

Es ist kalt geworden. Die leichte sommerliche Kleidung,
die wir noch vor wenigen Tagen tragen konnten, ist für dieses
Jahr abgetan. Wollschachen, Pelze und warme Überkleidung
kommen wieder zu Ehren. In den Wohnungen ist die Tempe-
ratur auf 11 bis 13 Grad K. gesunken. Da wird's denn un-
behaglich, und man muß nachgerade schon ans Heizen denken.
Aber welcher Unfug wird da gemacht! Wir treten in ein
bekleibtes Amtsfloß. Am Himmel wollen, was hats da für
eine Hitze! Eine förmliche Hitze schlägt den Eintretenden
nieder, der sich unwillkürlich fragt: Wie können vernünftige
Menschen schon im Herbst so unheimlich überheizen, wie können
sie in solcher Luft leben und arbeiten?

Die Folgen: Erkältungen, Grippeanfalle, Katarrhe, blei-
ben natürlich auch nicht aus. Sie werden in so überheizter
Luft ja geradezu hochgezüchtet. In der jetzigen Jahreszeit
besteht doch keine Notwendigkeit, so stark zu heizen. Es kann
sich doch nur darum handeln, die Wohn- und Arbeitsräume
„überfluten“ zu machen, das heißt, durch leichtes Heizen eine

